Niederschrift
über die 11/11. Sitzung
des Rates
am Montag, 04.04.2022

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **21:12 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister
Banken, Ludger

Ratsmitglieder (SPD)
Wilmers, Georg, Dr.

Erster Beigeordneter
Knauber, Raffael, Dr.

Ratsmitglieder (CDU)
Brozio, Kurt
Burke, Thomas
Hell, Mathias
Knott, Jan
Pfahl, Ferdinand
Pütz, Markus
Rick, Ilka
Sander, Ulrich
Schneider, Joachim
Schragen, Georg
Thielen, Maureen, Dr.
Weber, Bruno
Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.
Wolf, Oliver

Ratsmitglieder (UWG)
Kramme, Hinrich

Kämmerer
Kohlosser, Walter

Fachbereichsleiterin
Hoffmann, Daniela

Fachbereichsleiter
Rösner, Wolfgang

Auszubildender
Frohn, Fabian

Schriftführerin
Pesch, Katrin

Ratsmitglieder (SPD)

Grünberg, Pia
Kerstholt, Karl Heinrich
Koch, Martina
Krupp, Ute
Lüdemann, Jürgen
Quadflieg, Donate
Rohloff, Michael
Vary, Eva

Ratsmitglieder (UWG)

Huth, Dieter
Josten-Schneider, Silke
ab TOP 5.3
Meyer, Jörg
Schüller, Ellen
Specht, Dagmar
Stein, Norbert

Ratsmitglieder (FDP)

Euskirchen, Lorenz
Rentzsch, Jana
Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Bogert, Stephan
Lenke, Nils, Dr.
Nagel, Axel
Rupprecht, Deborah
Schiebener, Heribert
Seiffert-Schollmeyer, Urte
Steglich, Rita

Tagesordnung

zur 11/11. Sitzung des Rates
am Montag, 04.04.2022

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
-----------------	---------------------	------------------

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Anerkennung der Tagesordnung

2 Einwohnerfragestunde

./.

3 Bürgeranträge

./.

4 Ortsrecht

./.

5 Allgemeine Angelegenheiten

5.1 Kooperationsvereinbarung über das Erstellen von interkommunalen Hochwasserschutzkonzepten -Beitritt der Stadt Rheinbach zur Kooperation BV/1701/2022

5.2 Beitritt zur KoPart eG (Die Genossenschaft der Kommunen in NRW) BV/1704/2022

5.3 Beitritt zur Initiative "Lebenswerte Städte und Gemeinden" BV/1729/2022

6 Finanzangelegenheiten

6.1 Investitionspakt zur Förderung des Sports BV/1728/2022

6.2 Beratung des Stellenplanes im Jahr 2022 BV/1726/2022

6.2.1 Begleitantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 31.03.2022 zur Beratung des Stellenplanes im Jahr 2022 AN/0578/2022

6.3	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022	BV/1717/2022
6.3.1	Begleitantrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2022 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022	AN/0577/2022
6.3.2	Begleitantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 01.04.2022 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022	AN/0576/2022
6.4	Beteiligungsbericht 2020	BV/1719/2022
7	Grundstücksangelegenheiten	
	./.	
8	Bau- und Planungsangelegenheiten	
	./.	
9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
9.1	Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss	MI/0091/2022
9.2	Nachbesetzung im Ausschuss für Standortförderung und Feuerwehr	BV/1732/2022
9.3	Bildung und Besetzung des Jugendhilfeausschusses - Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Rheinbach; hier: Antrag des Stadtsportverbands Rheinbach e.V. zur Aufnahme als beratendes Mitglied	BV/1731/2022
10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern	
10.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 13.02.2022 zur Ausweisung von Flächen zur Schaffung von Pflegeeinrichtungen	AN/0567/2022
10.2	Antrag der Fraktionen von SPD, UWG und FDP vom 02.03.2022 für eine Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Rheinbacher Waldes	AN/0572/2022
11	Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung	
11.1	Anfrage der UWG-Fraktion vom 06.03.2022 zur Infrastruktur der E-Mobilität	AF/0027/2022
12	Mitteilungen des Vorsitzenden	

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

13 Allgemeine Angelegenheiten

./.

14 Finanzangelegenheiten

./.

15 Bau, Vergabe- und Planungsangelegenheiten

./.

16 Grundstücksangelegenheiten

16.1 Gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; BV/1730/2022
hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 38, Flurstück 271

16.2 Gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; BV/1733/2022
hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 38, Flurstück 268

16.3 Verkauf des Flurstücks Gemarkung Wormersdorf, Flur 13, Nr. 13 und von zwei Teilflächen aus den Flurstücken Gemarkung Wormersdorf, Flur 13, Nrn. 12 und 14 für die Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 6 öffentlich geförderten Mietwohnungen. BV/1734/2022

17 Personalangelegenheiten

./.

17.1 Beratung des Stellenbesetzungsplanes für das Jahr 2022 PV/0023/2022

18 Mitteilungen des Vorsitzenden

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

Mündliche Anfragen

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Anerkennung der Tagesordnung
------------	----------	-------------------------------------

Bürgermeister Banken begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Rates der Stadt Rheinbach.

Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht mit Schreiben vom 23.03.2022 zugestellt wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Außerdem wurden mit Schreiben vom 25.03.2022 der Tagesordnungspunkt 16.2 „Gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 38, Flurstück 268“ und mit Schreiben vom 01.04.2022 die Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses und Ausschusses für Umwelt und Mobilität, der Begleitantrag der Fraktion CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.03.2022 zum Stellenplan, die Neufassung der Anlage 1, die Begleitanträge der Fraktionen SPD vom 28.03.2022 sowie CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 01.04.2022 zum TOP 6.3 „Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022“, sowie der Tagesordnungspunkt 9.3 nachgereicht.

Zusätzlich wird die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 16.3 „Verkauf des Flurstücks Gemarkung Wormersdorf, Flur 13, Nr. 13 und von zwei Teilflächen aus den Flurstücken Gemarkung Wormersdorf, Flur 13, Nrn. 12 und 14 für die Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 6 öffentlich geförderten Mietwohnungen“ erweitert.

Zudem werden Ratsfrau Rupprecht (Bündnis 90/Die Grünen), Ratsherr Ruland (FDP) und Ratsfrau Rick (CDU) als Stimmzähler*Innen für die heutige Sitzung benannt.

Da es keine Wortbeiträge der Ratsmitglieder gibt, lässt Bürgermeister Banken über die Anerkennung der Tagesordnung inklusive der der Erweiterung von TOP 6.3 abstimmen.

Beschluss						
Der Rat erkennt die Tagesordnung in der geänderten Fassung an.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						
*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.						

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

TOP	2	Einwohnerfragestunde
-----	---	----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	3	Bürgeranträge
-----	---	---------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	4	Ortsrecht
-----	---	-----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	5	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

TOP	5.1	Kooperationsvereinbarung über das Erstellen von interkommunalen Hochwasserschutzkonzepten -Beitritt der Stadt Rheinbach zur Kooperation
-----	-----	---

Beschluss																													
<p>Der Rat der Stadt Rheinbach beschließt den Beitritt zur interkommunalen Hochwasserschutzkooperation gemäß der „Kooperationsvereinbarung über das Erstellen von interkommunalen Hochwasserschutzkonzepten“.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	5.2	Beitritt zur KoPart eG (Die Genossenschaft der Kommunen in NRW)
-----	-----	---

Beschluss	
<p>Der Bürgermeister wird als Vertreter der Stadt Rheinbach dazu berechtigt, den Beitritt zur KoPart eG (Die Genossenschaft der Kommunen in NRW) inkl. Zahlung eines einmaligen Geschäftsanteiles in Höhe von 750,00 Euro zu erklären.</p>	

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP | 5.3 | Beitritt zur Initiative "Lebenswerte Städte und Gemeinden"

Beschluss

Die Stadt Rheinbach schließt sich der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP | 6 | Finanzangelegenheiten

TOP | 6.1 | Investitionspakt zur Förderung des Sports

Ratsherr Euskirchen (FDP) berichtet als Mitglied der zuständigen Lenkungsgruppe, dass seitens der Lenkungsgruppe ein anderer Vorschlag zur Priorisierung gemacht wurde und somit die Gründe für den Vorzug der Sportstätte am Freizeitpark nicht klar seien. Zudem fragt er nach, wie vorgegangen wird, wenn die Stadt Rheinbach entgegen der Erwartungen keine Förderung für das Projekt erhält.

Fachbereichsleiter Rösner erläutert, dass er davon ausgehe, dass die intensive Nutzung der Sportstätten begünstigend für die Auswahl auf eine Förderung wirken werde. Bürgermeister Banken stellt daraufhin klar, dass im Falle einer Ablehnung des Förderantrags die Politik die Entscheidung der Umsetzung des Projekts im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport treffen wird.

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

Beschluss																													
<p>Der Rat spricht sich für die Durchführung der Maßnahme „Erneuerung Rasen Stadion Freizeitpark und Erneuerung Umlaufbahn in Kunststoffqualität“ aus. Dabei wird von einem Investitionsvolumen in Höhe von 1.496.507 € und einer Fördersumme in Höhe von 750.000 € ausgegangen.</p> <p>Die Freigabe der Haushaltsmittel erfolgt durch den Ausschuss für Schule, Bildung und Sport.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="212 645 1158 819"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	6.2	Beratung des Stellenplanes im Jahr 2022
-----	-----	---

TOP	6.2.1	Begleit Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 31.03.2022 zur Beratung des Stellenplanes im Jahr 2022
-----	-------	--

Der Erste Beigeordnete weist darauf hin, dass nach den gesetzlichen Regelungen die Stelle eines bzw. einer Technischen Beigeordneten nach der Besoldungsgruppe A 14/A 15 ausgewiesen werden kann.

Daraufhin lässt Bürgermeister Banken über den Begleit Antrag abstimmen.

Beschluss	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich „Projektmanagement Nachhaltiges Bauen und Energetische Sanierungen“ beim Hochbau wird eine zusätzliche Stelle zum 01.09.2022 eingerichtet und nach Entgeltgruppe 11 TVöD ausgewiesen. 2. Für die Wahrnehmung von Aufgaben des Baulandmanagements wird eine zusätzliche Stelle zum 01.10.2022 eingerichtet und nach Entgeltgruppe 11 TVöD ausgewiesen. 3. Zum 01.12.2022 wird eine zusätzliche Stelle „Technische*r Beigeordnete*r“ eingerichtet und nach Besoldungsgruppe A 14/A 15 ausgewiesen. 	

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Danach lässt Bürgermeister Banken über den Stellenplan 2022 abstimmen.

Beschluss

Der Stellenplan 2022 wird inklusive der Ergänzung einer halben Stelle im Fachgebiet 50 zur Ausweitung der Pflegeberatung mit den folgenden Erweiterungen beschlossen:

1. Für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich „Projektmanagement Nachhaltiges Bauen und Energetische Sanierungen“ beim Hochbau wird eine zusätzliche Stelle zum 01.09.2022 eingerichtet und nach Entgeltgruppe 11 TVöD ausgewiesen.
2. Für die Wahrnehmung von Aufgaben des Baulandmanagements wird eine zusätzliche Stelle zum 01.10.2022 eingerichtet und nach Entgeltgruppe 11 TVöD ausgewiesen.
3. Zum 01.12.2022 wird eine zusätzliche Stelle „Technische*r Beigeordnete*r“ eingerichtet und nach Besoldungsgruppe A 14/A 15 ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Zunächst wird über die Begleitanträge der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen beraten.

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

TOP	6.3.1	Begleitantrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2022 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022
-----	-------	---

Ratsherr Schneider (CDU) steht dem ersten Punkt des Begleitantrags grundsätzlich positiv gegenüber, weist jedoch darauf hin, dass es eine Angelegenheit in der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses sei.

Ratsherr Bogert (Bündnis 90/Die Grünen) steht dem weiteren Verfahren nach der Befragung der Eltern kritisch entgegen. Für ihn sei nicht klar, inwiefern die Ergebnisse der Befragung dann auch in die Realität umgesetzt werden könnten. Zudem seien 30.000 Euro als Finanzierung aus seiner Sicht zu viel.

Bürgermeister Banken macht den Vorschlag, nur eine Anschubfinanzierung in den Haushalt aufzunehmen und über das genaue Vorgehen der Befragung im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

Bürgermeister Banken lässt im Anschluss über den modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss																													
<p>1. Im Haushalt 2022 werden 10.000 Euro als Anschubfinanzierung veranschlagt zur Beauftragung einer repräsentativen Befragung der relevanten Eltern im Hinblick auf ihren beruflich bedingten Bedarf an Betreuung für Kinder, die noch nicht zur Schule gehen und durch eine Erhebung des entsprechenden Bedarfs bei den Kriegsflüchtlings aus der Ukraine. Über das genaue Vorgehen der Befragung berät der Jugendhilfeausschuss.</p> <p>2. Im Kontingent der freiwilligen Leistungen wird die Position „Blaue Straßen“ jetzt „Fahrradfreundliches Rheinbach“ (versch. KTR) gestrichen.</p>																													
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt																													
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <th>JA</th> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <th>NEIN</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <th>ENTHALTUNG</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

TOP	6.3.2	Begleitantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 01.04.2022 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022
-----	-------	---

Beschluss																													
<p>Im Haushalt 2022 werden zusätzlich folgende Ausgaben eingeplant:</p> <p>Investiv:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Budget für „allgemeine“ Flächenankäufe wird von 480.000 Euro auf 1.000.000 Euro aufgestockt. 2. Der Grundansatz zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude wird um 50.000 Euro erhöht. 3. 25.000 Euro werden als Investition in weitere neue Spielgeräte für Spielplätze zur Aufwertung der Spielqualität eingeplant. <p>Konsumtiv:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. 40.000 Euro werden für Machbarkeitsuntersuchungen zum Einsatz von Photovoltaik auf städtischen Gebäuden eingeplant. 2. Zur Durchführung einer Infoveranstaltung „Energiegenossenschaft“ werden 2.000 Euro veranschlagt. <p>Diese Ausgaben werden mit den folgenden Einsparungen kompensiert:</p> <p>Konsumtiv:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. 25.000 Euro werden durch eine Reduzierung des Ansatzes für ein Corporate Design in 2022 eingespart. 2. Der Ansatz für Reisekosten wird um 10.000 Euro verringert. 3. Der Ansatz für verwaltungsinterne Kopierkosten wird um 5.000 Euro verringert. <p>Intensiv:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die INV 22-0023 und INV 22-0035 werden um jeweils ein Jahr geschoben, sodass im Jahr 2022 500.000 Euro eingespart und im Jahr 2024 500.000 Euro mehr veranschlagt werden. 2. Die INV 18-0003 wird um 95.000 Euro aufgrund der gleichzeitigen Einplanung von Mitteln zum Wiederaufbau von Brücken nach der Flutkatastrophe reduziert. <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

Anschließend nehmen die Ratsfraktionen zu dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 in Form der Haushaltsreden Stellung. Die Haushaltsreden werden geordnet nach Fraktionsstärke im Rat, bei gleicher Stärke nach alphabetischer Reihenfolge gehalten.

Ratsherr Hell (**CDU**) berichtet, dass bedingt durch die Haushaltssicherung der letzten Jahre den Bürgerinnen und Bürgern Rheinbachs viel beispielsweise in Bezug auf Steuererhöhungen und teilweise Verringerung der Leistungen abverlangt wurde. Zudem merkt er an, dass der diesjährige Haushaltsausgleich nur aufgrund der Isolierung und fiktiven Gegenbuchung von Mehraufwendungen bedingt durch die Coronavirus-Pandemie gelinge. Finanziell betrachtet sei die Stadt Rheinbach relativ glimpflich durch die Coronavirus-Pandemie gekommen, sodass nur noch mit ca. 5 Millionen Euro Mehraufwendungen und Mindereinnahmen bis 2025 gerechnet werde. Diese Zahl werde allerdings noch steigen, da die tatsächlichen Belastungen des Jahres 2021 noch nicht eingerechnet wurden. Diese Beträge müssen allerdings ab 2025 erwirtschaftet werden. Dafür sollten die Fraktionen mit der Verwaltung in 2024 die Weichen entsprechend stellen.

Er betont die positive Entwicklung in Bezug auf die Gewerbesteuer, sodass Rheinbach im Vergleich zu anderen Kommunen sehr gut dastehe. Die Gewerbesteuer sei essentiell für die finanzielle Lage der Stadt, sodass die weiteren Investitionen in die Gewerbegebiete der richtige Weg seien.

Auch der Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Aus finanzieller Sicht würden diese Aufwendungen allerdings zu 100 % zurückerstattet. Beim Wiederaufbau sei allerdings auch auf mögliche Verbesserungen wie beispielsweise energetische Sanierungen städtischer Gebäude zu achten. Diese Kosten müssten zwar von der Stadt selbst getragen werden, würden sich aber im Laufe der Zeit teilweise amortisieren.

Zudem werde auch der Krieg in der Ukraine Auswirkungen auf Rheinbach haben. Kriegsgeflüchtete müssten untergebracht werden. Hierbei hebt er besonders das Engagement der Bürgerinnen und Bürger hervor. Weltwirtschaftliche Auswirkungen seien allerdings noch nicht abzuschätzen.

Um die politischen Ziele der Kooperationsvereinbarung zwischen den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU zu verfolgen, seien von den Fraktionen einen Begleitantrag zum Haushalt 2022 gestellt worden. Dementsprechend solle insbesondere die Verwaltung in personeller und finanzieller Hinsicht mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Ratsherr Hell bedankt sich ausdrücklich bei den Mitgliedern des Stadtrates für die Unterstützung dieses Begleitantrages. Abschließend bedankt er sich bei Bürgermeister Banken, Kämmerer Kohlosser und den Mitarbeiter*Innen der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in der Zeit der Haushaltsaufstellung.

Für die **SPD-Fraktion** spricht Ratsfrau Koch. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die Zusammenstellung des Haushalts und betont insbesondere die Senkung der Schulden von 2018 zu Beginn des Jahres 2022 um 20 Millionen Euro. Liquiditätskredite konnten wesentlich verringert werden und die Auswirkungen aktuell steigender Zinsen würden somit gemindert.

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

Bei einem Vergleich der Zahlen des Haushalts 2015 und 2022 sei folgendes zu beobachten: Die Inflation zwischen diesen Jahren betrüge zwar 10 %, die Einnahmen aus Zuweisungen und Steuern stiegen hingegen um 85 %. Allerdings seien die Kosten einiger Produkte wesentlich stärker als die Einnahmen gestiegen. Hierzu gehören beispielsweise der Katastrophenschutz mit einer Steigerung von 3500 %, das Gymnasium mit einer Kostensteigerung von 285 %, der Brandschutz mit einer Steigerung von 135 % und die Grundschulen mit einer Kostensteigerung von 100 %. All diese Produkte hätten insgesamt einen Steigerungsbeitrag von mindestens einer halben Millionen Euro. Zudem zeigten auch die Ereignisse der letzten Jahre ihre Wirkungen auf den Haushalt. So seien die Kosten des Katastrophenschutzes um 3500 % und die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern 2260 % drastisch gestiegen. Daher gebe es trotz der sehr hohen Mehreinnahmen von rund 18 Millionen Euro im Vergleich zu 2015 nur sehr wenig Spielraum zur Umsetzung politischer Ideen, sodass eine Priorisierung der Projekte erfolgen müsse. Die SPD-Fraktion habe sich dazu bereits 2021 in einem Grundsatzantrag positioniert, eine erneute Diskussion des Antrags nach einer Verweisung in die Fraktionen erfolgte nicht.

Ratsfrau Koch (SPD) macht deutlich, dass die SPD-Fraktion den Haushaltsentwurf nach ihren Prioritäten dieser Wahlperiode bewertet. Die Versorgung der Rheinbacher Bevölkerung mit flächendeckendem Internet mit mindesten 100 Mbit/s ohne weiße Flecken sei bereits in Umsetzung. Zur Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Kernstadt seien die Mittel für ein zukunftsorientiertes Radverkehrsnetz im Haushalt veranschlagt. Dieses müsse noch umgesetzt werden, um die Kernstadt somit vom Verkehr zu entlasten. Die Effektivität und Effizienz des Baubetriebshofes seine noch zu verbessern, damit Straßen, Wege, Plätze und Friedhöfe besser gepflegt werden. Eine sehr hohe Priorität habe auch der Klimaschutz. Hierzu wurde sich einstimmig verständigt, dass ein Klimaschutzkonzept ausgearbeitet werden soll. Ein Entwurf liege allerdings noch nicht vor, stattdessen wurden einige Einzelmaßnahmen beschlossen.

Nun folgt die Haushaltrede der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** durch Ratsherrn Schiebener. Er geht darauf ein, dass der Beschluss des Haushaltsplans 2022 eine Richtungsentscheidung für eine Stadt wie Rheinbach und damit das Zusammenleben und die Weiterentwicklung in einem lebenswerten Rahmen bestimmen werde.

Lange Zeit seien die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik nur sehr eingeschränkt möglich gewesen, um das Ziel des Haushaltsausgleichs 2022 zu erreichen. Der Haushaltsausgleich sei der Kämmerei nun gelungen, sodass gestaltende Politik möglich sei. 2021 haben die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU eine Kooperation vereinbart, die sich die zielgerichtete Gestaltung der Zukunft von Rheinbach zur Überschrift gemacht habe. Er erläutert, dass in der Vereinbarung auch die Sicherstellung eines in der Summe gleichbleibenden Steueraufkommens enthalten sei. Dies sei der Verwaltung bereits gelungen, wenn auch Risiken besonders beim Gewerbesteueraufkommen bestünden. Zudem würden sich die Fraktionen unter anderem mit ihren Begleitanträgen für zielgerichtete Investitionen und gezielte Planungen in zukunftsorientierten Bereichen einsetzen. Auch der Klimaschutz sei eine dauernde Aufgabe. Hierzu werden beispielsweise eine Machbarkeitsstudie zu Photovoltaik auf städtischen Gebäuden erstellt, sowie der Start einer umfassenden energetischen Sanierung der städtischen Gebäude stattfinden. Durch die Verschiebung von nicht in 2022 realisierbaren Maßnahmen, mit Optionen zukünftige

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

Förderungen zu erreichen, sowie durch Einsparungen innerhalb der Verwaltung, seien diese Maßnahmen realisierbar.

Abschließend hält er fest, dass dieser Haushalt wohl der „grünste“ Haushalt bisher sei, dankt der Verwaltung und insbesondere der Kämmererei und appelliert an die Mitglieder des Stadtrates diesem Haushalt ebenfalls zuzustimmen.

Ratsherr Huth bedankt sich im Namen der **UWG-Fraktion** bei Kämmerer Kohlosser und seinen Kolleginnen und Kollegen für den vorgelegten Haushalt 2022 und hebt hervor, dass es in diesem Jahr trotz der Nachwirkungen der Coronavirus-Pandemie und der Unwetterkatastrophe im Juli 2021 ein ausgeglichener Haushalt erstellt wurde. Dabei werde sachlich auf die Risiken hingewiesen, die auf das Zahlenwerk Einfluss nehmen können. Das wirtschaftliche Ausmaß des Krieges in der Ukraine werde allerdings nur sehr langsam greifbar, sodass die Inflationsrate steigen und das Wirtschaftswachstum sinken werde. Unter diesen Aspekten sei aus Sicht der UWG eigentlich jedem Haushaltsentwurf zuzustimmen, da die Auswirkungen dieses Ereignisses in keiner Weise abschätzbar seien.

Ratsherr Huth betont den im Vergleich zu den Vorjahren höheren Ansatz für Investitionsmaßnahmen. Die UWG-Fraktion hoffe, dass die Verwaltung die entsprechenden personellen Ressourcen zur Umsetzung dieser Investitionen findet. Jede Investition in den schulischen und sportlichen Bereich, sowie in überlegte Zukunftsprojekte sei eine gute Investition, von denen Rheinbach profitieren werde. Allerdings werde auch erwartet, dass bereits gefasste Beschlüsse zum Masterplan Innenstadt, der Erstellung des Verkehrskonzepts und dem Handlungskonzept Wohnen 2030 vorrangig umgesetzt werden. Abschließend hoffe die UWG-Fraktion, dass die Planungen des Haushalts 2022 realisierbar sind, zeigt sich aber auch bereit erforderliche Schritte aufgrund der aktuellen Entwicklungen mitzugehen.

Schließlich spricht Ratsfrau Rentzsch für die **FDP-Fraktion**. Mit dem Beschluss des Haushalts würden die Weichen für zukünftige Projekte sowie die Gestaltungsspielräume der nächsten Generationen gestellt. Die Kommunalpolitik sei nah an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger und sollte alle Entscheidungen daher auch aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten und mit Augenmaß treffen.

Positiv hebt sie hervor, dass trotz der Nachwirkungen der Coronavirus-Pandemie und Unwetterkatastrophe ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt wurde. Sie weist allerdings auch darauf hin, dass die aktuellen Entwicklungen diese Ausgangslage verschlechtern könnten. Es könnte zu verminderten Steuereinnahmen, einer negativen Zinsentwicklung und problematischen Entwicklungen aufgrund des demografischen Wandels kommen. Gleichzeitig würden sich die Verpflichtungen der Stadt aber nicht vermindern, sondern voraussichtlich eher vermehren.

Essentiell für einen auch künftig ausgeglichenen Haushalt sei eine gute Strukturierung der WFEG und des Baulandmanagements, um Rheinbach gesund weiterentwickelt zur können.

Abschließend dankt im Namen der FDP-Fraktion Ratsfrau Rentzsch Kämmerer Kohlosser für die Aufstellung des Haushalts 2022 und sichert Bürgermeister Banken zu, dass die FDP-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde.

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

Bürgermeister Banken bedankt sich anschließend bei Kämmerer Kohlosser, allen Fachbereichsleiter*Innen und den jeweiligen Teams für die geleistete Arbeit und den Ratsmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit am Haushalt 2022. Allerdings betont er auch, dass für diesen Finanzplanungszeitraum sehr viel vorgesehen sei und es daher dazu kommen könnte, dass nicht alles umgesetzt werden könne.

Da es keine weiteren Wortbeiträge gibt, lässt Bürgermeister Banken über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 abstimmen.

Beschluss						
a)	Der Rat beschließt – unter Einschluss der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Änderungen und beschlossenen Begleitanträge der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen – die durch den Haupt- und Finanzausschuss am 28.03.2022 empfohlene Haushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2022.					
b)	Der Rat beschließt zusätzlich folgende Verpflichtungsermächtigungen in 2022 VE22-0008 Freizeitpark, Sanierung Stadion i.H.v. 1.446.507 € VE22-0007 Flut Wiederaufbau, Rathaus, EDV Sanierung i.H.v. 471.079 €					
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	6.4	Beteiligungsbericht 2020
-----	-----	--------------------------

Beschluss						
Gemäß § 117 Abs. 1 GO NRW beschließt der Rat den vorliegenden Beteiligungsbericht 2020.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

TOP	7	Grundstücksangelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	8	Bau- und Planungsangelegenheiten
-----	---	----------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
-----	---	---------------------------------------

TOP	9.1	Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss
-----	-----	---------------------------------------

Der Rat nimmt die Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.

TOP	9.2	Nachbesetzung im Ausschuss für Standortförderung und Feuerwehr
-----	-----	--

Beschluss																																		
<p>Herr Dennis Heiner wird als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Standortförderung und Feuerwehr gewählt. Er folgt Herrn Tobias Hasenberg.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="212 1279 1157 1453"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>*)</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>*) gem. § 40 Abs. 2 S. 5 GO NRW hat der Bürgermeister hier kein Stimmrecht</p>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	*)	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X	X	X	*)																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG																																		

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

TOP	9.3	Bildung und Besetzung des Jugendhilfeausschusses - Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Rheinbach; hier: Antrag des Stadtsportverbands Rheinbach e.V. zur Aufnahme als beratendes Mitglied
-----	-----	---

Beschluss																													
<p>Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtsportverbands Rheinbach e.V. zu und beschließt die als Anlage beigefügte Satzung für das Jugendamt der Stadt Rheinbach.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	----	--

TOP	10.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 13.02.2022 zur Ausweisung von Flächen zur Schaffung von Pflegeeinrichtungen
-----	------	---

Ratsfrau Krupp (SPD) bittet aufgrund der inhaltlichen Zuständigkeit zunächst auch den Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales zu beteiligen.

Bürgermeister Banken nimmt diesen Vorschlag in den Beschluss auf und stellt diesen daraufhin zur Abstimmung.

Beschluss																													
<p>Der Antrag wird zunächst im Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales und anschließend im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen weiter behandelt.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

TOP	10.2	Antrag der Fraktionen von SPD, UWG und FDP vom 02.03.2022 für eine Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Rheinbacher Waldes
-----	------	--

Ratsherr Dr. Lenke (Bündnis 90/Die Grünen) macht einen Gegenvorschlag zum im Antrag vorliegenden Beschlussvorschlag. Er schlägt vor, dass der Förster zunächst ein Konzept dazu entwickelt, welche Flächen aus der Bewirtschaftung herausgenommen werden sollen. Dabei könnte eine Beteiligung der Öffentlichkeit eingeplant werden.

Bürgermeister Banken lässt zunächst über den ursprünglichen Beschlussvorschlag des Antrags abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, UWG, FDP und des Bürgermeisters

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA		X	X		X	X
NEIN	X			X		
ENTHALTUNG						

Anschließend lässt Bürgermeister Banken darüber abstimmen, dass der Förster sein Konzept zur Ausgestaltung des Rheinbacher Waldes im Ausschuss für Umwelt und Mobilität vorstellt und dort entschieden wird, wer anschließend zu beteiligen ist.

Beschluss						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Rohloff (SPD)						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	7	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG		1				

TOP	11	Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung
-----	----	------------------------------------

TOP	11.1	Anfrage der UWG-Fraktion vom 06.03.2022 zur Infrastruktur der E-Mobilität
-----	------	---

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der UWG-Fraktion vom 06.03.2022 zur Infrastruktur der E-Mobilität zur Kenntnis.

Niederschrift	11/11. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 04.04.2022

TOP	12	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	----	-------------------------------

Fachbereichsleiterin Hoffmann berichtet, dass es eine Sammelaktion der Feuerwehren im Rhein-Sieg-Kreis für die Feuerwehren in der Ukraine gebe. An dieser Aktion werde sich auch die Feuerwehr Rheinbach beteiligen.

Anschließend berichtet sie von einem Gespräch mit der VHS. Im Moment werden Deutschkurse für ukrainische Kriegsvertriebene organisiert, die voraussichtlich nach den Osterferien beginnen werden. Aktuell befinden sich in Rheinbach mehr als 170 ukrainische Kriegsvertriebene, sodass die Unterbringungskapazitäten bereits gut ausgereizt wurden.

Da es keine weiteren Mitteilungen gibt, verabschiedet sich Bürgermeister Banken von den Gästen und Vertreter*Innen der Presse, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP		Mündliche Anfragen
-----	--	--------------------

Da keine mündlichen Anfragen gestellt werden, verabschiedet sich Bürgermeister Banken bei allen Anwesenden und schließt daraufhin die Sitzung.

Rheinbach, den 28.04.2022

gezeichnet
Ludger Banken
Bürgermeister

gezeichnet
Katrin Pesch
Schriftführerin